

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

04 020 Allgemeine Bewilligungen
E i n n a h m e n
Verwaltungseinnahmen

111 10	052	Einnahmen aus dem Registerportal	3 236 500	2 600 000	+636 500	3 236
111 12	052	Einnahmen aus dem Zwangsversteigerungsportal	—	—	—	—
119 01	052	Vermischte Einnahmen	315 800	260 000	+55 800	316
119 02	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 531 12.	—	—	—	6
119 03	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 526 30.	—	—	—	2
119 04	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Ver- kehrsunternehmen an Landesbedienstete Siehe Vermerke bei Titel 546 04.	—	—	—	2 227
124 00	011	Einnahmen aus der Überlassung von Stellplätzen bei Landesbehörden	—	—	—	—
132 01	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	—	—	1

Übrige Einnahmen

235 00	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 427 02.	—	—	—	22
236 00	253	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titel 427 50 zu.	—	—	—	11
236 10	251	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Mehrauf- wandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II . .	—	—	—	—
272 00	012	Projektbezogene Finanzhilfen aus EU- Förderprogrammen Siehe Haushaltsvermerke bei Titel 525 50.	—	—	—	12
286 10	056	Erstattungen des Europarats im Rahmen des Projekts Twinning of Prisons	—	—	—	—
286 20	052	Erstattungen der Europäischen Union im Rahmen des Twinning-Projekts mit Lettland	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Titel 111 10:

Einnahmen aus der Einsicht in das elektronische Registerportal.

Zu Titel 111 12:

Einnahmen aus der Einsicht in das elektronische Zwangsversteigerungsportal.

Zu Titel 119 01:

1.	Einnahmen aus den Erstattungen von Dritten.	265 800	EUR
2.	Erstattungen der JURIS-GmbH für Leistungen der Dokumentationsstelle bei dem OVG Münster	50 000	EUR
	Zusammen	315 800	EUR

Zu Titel 119 02:

Einnahmen aus Werbeanzeigen in Veröffentlichungen.

Zu Titel 124 00:

Nach dem Gesetz zur Gestellung von im Eigentum oder im Besitz des Landes stehenden Stellplätzen vom 16.12.1998 (GV. NRW. 1998 S. 738) kann von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bereich der Landesverwaltung für die Überlassung von Stellplätzen grundsätzlich ein angemessenes Entgelt verlangt werden. Hierdurch soll ein Beitrag zur umwelt- und sozialverträglichen Gestaltung des Stadtverkehrs durch eine verstärkte Nutzung des öffentlichen Verkehrs bei Fahrten von und zur Dienststelle geleistet werden.

Durch den Erwerb bestimmter Fahrausweise des öffentlichen Nahverkehrs tritt eine Befreiung von der Entgeltspflicht ein. Die Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben aus dem Verkauf/Kauf von Firmentickets erfolgt bei Titel 119 04 bzw. bei Titel 546 04.

Zu Titel 132 01:

Die Erlöse aus der Verwertung ausgesonderter Dienstkraftfahrzeuge sind seit dem Haushalt 2003 dezentral veranschlagt.

Zu Titel 272 00:

EU-Finanzhilfen zur Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen zu europarechtlichen Themen.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
Titelgruppen					
Titelgruppe 60 Ausgaben für die Informationstechnik					
132 60 052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	34 000	—	+34 000	—
	Summe Titelgruppe 60	34 000	—	+34 000	—
Titelgruppe 61 Einnahmen im Rahmen der Einführung des elektronischen Grundbuchs					
111 61 052	Gebühren und tarifliche Entgelte	6 500 000	6 700 000	-200 000	5 373
	Summe Titelgruppe 61	6 500 000	6 700 000	-200 000	5 373
Titelgruppe 62 Einnahmen im Rahmen des Projektes "EU-eJustiz-Portal" Siehe Haushaltsvermerk bei Titelgruppe 62 (Ausgaben).					
272 62 052	Zuweisungen der Europäischen Union im Rahmen des Projektes "EU-eJustiz-Portal"	—	—	—	—
287 62 052	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland im Rahmen des Projektes "EU-eJustiz-Portal"	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 62	—	—	—	—
	Gesamteinnahmen Kapitel 04 020	10 086 300	9 560 000	+526 300	11 206

Erläuterungen

Zu Titel 111 61:

Einnahmen aus der Einsicht ins elektronische Grundbuch.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
------------------	-----------------	-----------------------	-----------------------	--	---------------------

A u s g a b e n
Personalausgaben

1. 55 (58) Planstellen/Stellen des Einzelplans 04 sind aufgrund der "Organisationsuntersuchung Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000" wie folgt kw: - (3) ab 01.01.2008, 33 (33) ab 01.01.2009, 10 (10) ab 01.01.2011 und 12 (12) ab 01.01.2012
2. - (126) Planstellen/Stellen des Einzelplans sind kw - Arbeitszeitverlängerung - ab 01.01.2008.
3. 55 (56) Planstellen/Stellen des Einzelplans - ausgenommen die Fachbereiche (alle Bereiche außer den Verwaltungsbereichen) der Kapitel 04 210 bis 04 410 - sind kw - 1,5 %-ige Stelleneinsparung -, davon 31 (32) ab 01.01.2009, 6 (6) ab 01.01.2011, 6 (6) ab 01.01.2012 und 12 (12) ab 01.01.2013.
4. - (213) Stellen des Einzelplans sind kw ab 01.01.2008 - Arbeitszeitverlängerung im Tarifbereich
5. - (14) Planstellen/Stellen des Einzelplans sind kw - Einführung der Zweistufigkeit im Justizvollzug des Landes NRW
6. 144 (0) Planstellen/Stellen des Einzelplans sind kw - 1,5%-ige Stelleneinsparung ab 2010, davon 24 (0) ab 01.01.2010, 24 (0) ab 01.01.2011, 24 (0) ab 01.01.2012, 24 (0) ab 01.01.2013, 24 (0) ab 01.01.2014, 24 (0) ab 01.01.2015.
7. Die Ausgaben der Titel 443 01 und 452 00 sind von der Deckungsfähigkeit nach § 7 Abs. 1 HG ausgenommen.

427 02	253	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung Ausgaben dürfen über den Ansatz hinaus insoweit geleistet werden, als entsprechende Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit bei Titel 235 00 zugesichert sind.	100 000	100 000	—	58
427 50	253	Vergütungen und Löhne für Aushilfen für die Durchführung von Altersteilzeit nach dem Altersteilzeitgesetz . . . Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 236 00.	—	—	—	—
441 01	940	Beihilfen in Krankheitsfällen aufgrund der Beihilfenverordnung	65 757 200	64 323 900	+1 433 300	62 626
441 02	940	Beihilfen in Pflegefällen aufgrund der Beihilfenverordnung	397 100	349 700	+47 400	378
441 03	940	Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen im Bereich der Beamtinnen und Beamten	78 900	84 200	-5 300	75
441 04	940	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bei Inanspruchnahme von Pflegezeit im Bereich pflegebedürftiger Beamtinnen und Beamter bzw. deren Angehörigen	—	—	—	—
441 05	940	Zuschüsse zur Krankenversicherung bei Inanspruchnahme von Pflegezeit im Bereich pflegebedürftiger Beamtinnen und Beamter bzw. deren Angehörigen	—	—	—	—
443 01	940	Fürsorgeleistungen	1 472 300	1 143 600	+328 700	1 654
443 10	940	Kosten für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst	544 200	522 000	+22 200	—
452 00	011	Sonstige Erstattungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	—	1 377 800	-1 377 800	8

 Erläuterungen

Zu den Personalausgaben:

Zu 1:

3 kw-Vermerke wurden realisiert im Kapitel 04 220. Die 55 kw-Vermerke (Haushaltsvermerk zu 1.) sind als Ausgleich für im Kapitel 04 220 im Haushaltsjahr 1992 neu eingerichtete Planstellen und Stellen sowie aufgrund der Organisationsuntersuchung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000 ausgebracht worden. 22 der 55 kw-Vermerke sind aufgrund der vorgesehenen Konzentration im Bereich des Widerspruchsverfahrens um 3 Jahre prolongiert worden. Die Realisierung dieser 22 kw-Vermerke steht unter dem Vorbehalt der Entwicklung der Eingangszahlen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens.

Zu 2:

103 kw-Vermerke "ab 01.01.2008" wurden realisiert in den Kapiteln 04 210 (56), 04 220 (9), 04 230 (3), 04 240 (4), 04 250 (3), 04 410 (26) und 04 510 (2). 5 kw-Vermerke (Haushaltsvermerk zu 2.) sind gemäß § 50 Abs. 2 LHO in Verbindung mit § 8 Abs. 1 HG 2008 in das Kapitel 12 310 umgesetzt worden. Weitere 18 kw-Vermerke (Haushaltsvermerk Nr. 2) sind gemäß § 50 Abs. 2 LHO in Verbindung mit § 8 Abs. 1 HG 2008 in das Kapitel 10 400 umgesetzt worden.

Zu 3:

1 kw-Vermerk "ab 01.01.2009" ist gemäß § 50 Abs. 2 LHO in Verbindung mit § 8 Abs. 1 HG 2009 in das Kapitel 10 400 umgesetzt worden. Die Realisierung von 12 kw-Vermerken steht unter dem Vorbehalt der vollständigen Umsetzung des Referenzmodells im Justizvollzug bis zum Zeitpunkt der Befristung. Weitere 12 kw-Vermerke stehen unter dem Vorbehalt der Entwicklung der Eingangszahlen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens.

Zu 4:

213 kw-Vermerke wurden realisiert in den Kapiteln 04 210 (156), 04 220 (13), 04 230 (2), 04 240 (10), 04 250 (14) und 04 410 (18).

Zu 5:

14 kw-Vermerke wurden realisiert im Kapitel 04 410.

Zu Titel 427 02:

Zentrale Veranschlagung des Landesanteils für allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Einzelplan 04.

Zu Titel 427 50:

Fördervoraussetzung für die Leistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der Altersteilzeit ist der Nachweis der Wiederbesetzung der freigewordenen Stellen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a Altersteilzeitgesetz. Die erforderlichen Landesmittel für eine Wiederbesetzung der durch Altersteilzeit freigewordenen Stellen werden bei dieser Haushaltsstelle nachgewiesen.

Zu Titel 443 01:

1. Unfallfürsorge für Beamte/Beamtinnen (Richter/Richterinnen) und sonstige Amtsträger nach dem Landesbeamtengesetz	1 019 000 EUR
2. Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	65 500 EUR
3. Kosten der Röntgenreihenuntersuchungen und der Schutzimpfungen für Bedienstete	267 000 EUR
4. Sonstiges	120 800 EUR
Zusammen	<u>1 472 300 EUR</u>

Die Ausgaben für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst werden ab dem Jahr 2009 bei Titel 443 10 gesondert veranschlagt. Der Haushaltsansatz für 2010 enthält zusätzliche Mittel in Höhe von 280.000 für Gripeschutzimpfungen von Bediensteten.

Zu Titel 443 10:

Seit dem Jahr 2009 werden die Mittel für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst zur besseren Haushaltsüberwachung gesondert veranschlagt. Bis 2008 mitveranschlagt bei Titel 443 01.

Zu Titel 452 00:

Erstattung von Arbeitslosengeld an die Bundesagentur für Arbeit sowie Ausgleichszahlungen an die Rentenversicherungsträger zur Vermeidung rentenrechtlicher Nachteile im Rahmen der sog. 58er-Regelung (SGB VI, AFG). Mit Blick auf das Auslaufen der 58er-Regelung wird im Jahr 2010 mit Ausgaben nicht mehr gerechnet.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
462 11 989	Minderausgabe wegen Verlängerung der Arbeitszeit . . . Die Minderausgabe ist in der Hauptgruppe 4 - Gruppen 422 und 429 - durch Stellenreduzierungen zu erbringen. Die Minderausgaben 2006 und 2007 wurden um den Betrag für das Haushaltsjahr 2004 (2.640.000 EUR) infolge kw-Realisierung reduziert.	—	—	—	—
462 12 989	Minderausgaben wegen pauschaler Stelleneinsparung von 1,5 %	—	—	—	—
462 13 989	Minderausgaben bei Obergruppe 42.	-2 667 600	-2 667 600	—	—
462 15 989	Minderausgaben aufgrund der Realisierung von kw- Vermerken.	-8 330 000	-9 975 000	+1 645 000	—
462 16 989	Minderausgaben wegen pauschaler Stelleneinsparung von 1,5 % ab 2010	-420 000	—	-420 000	—
Sächliche Verwaltungsausgaben					
514 10 254	Verbrauchsmittel	—	—	—	—
518 02 011	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahr- zeuge.	20 000	20 000	—	1
525 01 012	Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten. Verpflichtungsermächtigung: 300 000 EUR.	350 000	350 000	—	356
525 20 011	Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechtswesens. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Abset- zung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	125 000	125 000	—	39
525 30 012	Fortbildung der Bediensteten 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Siehe Verstärkungsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsaus- gaben in den Kapiteln 04 010, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410 und 04 510. Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.	1 100 000	1 100 000	—	1 108

 Erläuterungen

Zu Titel 514 10:

Zur Verbuchung etwaiger Kosten für Bildschirmbrillen.

Zu Titel 518 02:

Veranschlagt insbesondere für die Anmietung von Fahrzeugen.

Zu Titel 525 01:

Bei diesem Titel werden Mittel veranschlagt u.a. für folgende Schulungsmaßnahmen:

- sozialtherapeutische Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Strafrechtspflege und im Strafvollzug auf dem Gebiet der Suchtkrankenhilfe,
- psychotherapeutische Fortbildung von Anstaltspsychologinnen und -psychologen für den Umgang mit Sexualstraftätern
- Ausbildung von Beschäftigten des Jugendvollzuges in diagnostischen und sozialpädagogischen Maßnahmen
- Ausbildung von sozialen Ansprechpartnerinnen und -partnern
- Qualifizierung von internen Organisationsberaterinnen und -beratern
- Ausbildung von Richterinnen und Richtern als Multiplikatoren für das Qualität sichernde Instrument der "Kollgialen Beratung"
- Ausbildung von Mediatorinnen und Mediatoren
- andere Schulungsmaßnahmen, bei denen der Ausbildungscharakter gegenüber der Fortbildung überwiegt.

Zu Titel 525 20:

Zur Zahlung

- der Unterrichtsvergütung und Reisekosten der Referenten der Lehrgänge, die z.B. in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) für Juristen aus Europa und den USA durchgeführt werden,
- der Kosten, die sich aus der Zusammenarbeit mit anderen Staaten, z.B. mit China, der Russischen Föderation, Ungarn u.a., auf dem Gebiet der Rechtspflege ergeben,
- der Kosten, die durch Gastbesuche anderer ausländischer Juristen oder sonstiger Fachleute zur Unterrichtung über deutsches Recht und deutsche Justizeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen entstehen,
- der Kosten, die sich aus dem europäischen Netzwerk für Fortbildung ergeben (Vermittlung europäischen Rechts, Austausch von Richtern und Staatsanwälten),
- der Kosten, die sich aus der Beratung (z.B. Rechtsstaatsprozess) in neuen Mitglieds- und Kandidatenländern der EU ergeben,
- der Kosten, die sich aus der Teilnahme an oder der Ausrichtung von internationalen Fachtagungen und Arbeitssitzungen ergeben (Reise-, Referenten-, Veranstaltungskosten),
- der Kosten, die sich aus der Teilnahme an Programmen zum Justizaufbau in anderen Staaten (z.B. Kosovo, Mazedonien, Mittelmeeranrainerstaaten) ergeben,
- der Kosten, die sich aus der Ausrichtung von rechtspolitischen Veranstaltungen mit europapolitischem Bezug ergeben (Reise-, Referenten-, Veranstaltungskosten).

Der Europarat bzw. die Europäische Kommission erstattet teilweise die Kosten, die im Zusammenhang mit den Partnerschaften zwischen russischen und nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten im Rahmen des Europarat-Projekts "Twinning of Prisons" oder evtl. weiterer Twinning-Projekte anfallen. Etwaige Erstattungen von z.B. UNO, Weltbank oder EU im Zusammenhang mit der Durchführung anderer Projekte sind möglich.

Zu Titel 525 30:

1. Kosten der vom Justizministerium veranlassten Fortbildungsmaßnahmen	220 000 EUR
2. Kosten der von der Justizakademie des Landes NRW bzw. von der Fachhochschule für Rechtspflege NRW veranlassten Fortbildungsmaßnahmen	550 000 EUR
3. Kosten der auf Bezirksebene durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen.	330 000 EUR
Zusammen	1 100 000 EUR

Veranschlagt sind alle im Zusammenhang mit der Fortbildung des Personals anfallenden Kosten (mit Ausnahme der in den Titeln 525 01 und 525 40 veranschlagten Schulungsmaßnahmen sowie der IT-Fortbildung), insbesondere die anfallenden Vortrags-/Unterrichts- und Reisekostenvergütungen der Referentinnen und Referenten und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter (auch der von NRW auszurichtenden Tagungen der Deutschen Richterakademie).

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
525 40 012	Seminare, Workshops und ähnliche Veranstaltungen zur strukturellen Erneuerung in der Justiz. 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Siehe Verstärkungsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in den Kapiteln 04 010, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410 und 04 510. Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.	500 000	500 000	—	466
525 50 012	Fortbildung aus projektbezogenen Finanzhilfen der EU. 1. (§ 17 Abs. 3 LHO) 2. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 272 00 verstärken oder vermindern diesen Ansatz. 3. Bei der Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen.	—	—	—	16
526 10 011	Kosten für empirische Justizforschung. Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.	240 000	240 000	—	97
526 20 011	Kosten der Entwicklung eines Haushaltscontrollingsystems.	—	—	—	—
526 30 011	Kosten der NS-Dokumentationsstelle. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 03 geleistet werden.	50 000	50 000	—	53
526 40 011	Kosten für externe Beratungsleistungen im Rahmen der strukturellen Erneuerung der Justiz.	100 000	100 000	—	40
526 50 011	Ausgaben für die Expertenkommission zur Untersuchung der Justizvollzugsanstalten.	—	—	—	—
529 10 011	Zur Verfügung der Dienststellen und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Justizministers.	45 500	45 500	—	38
529 20 011	Aufwand für Personalvertretungen. Die Mittel gelten mit der Auszahlung an die Personalvertretungen als verausgabt.	49 500	49 500	—	45
529 30 011	Aufwand der Schwerbehindertenvertretungen.	5 100	5 100	—	4
531 11 013	Öffentlichkeitsarbeit. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 531 12.	146 500	146 500	—	70
531 12 013	Veröffentlichungen zur Information der Bürger aus Fachbereichen des Ministeriums. 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 531 11. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 02 geleistet werden. 3. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial an Dritte unentgeltlich (oder gegen ermäßigtes Entgelt) abgegeben werden, soweit dies im dienstlichen Interesse erforderlich ist.	142 500	142 500	—	168
532 10 052	Auslagen in Rechtssachen. Die Ausgaben dienen der Verstärkung der Ansätze der Titel der Gruppe 532 in den Kapiteln	—	—	—	—
542 01 299	Ausgleichsabgabe nach § 77 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX). Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 542 01 der Kapitel 01 010, 02 020, 03 020, 05 020, 06 020, 08 020, 10 020, 11 020, 12 020, 13 020, 14 020 und 15 020.	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Titel 525 40:

Veranschlagt sind die bei der Durchführung von Schulungsmaßnahmen zur Unterstützung der strukturellen Erneuerung der Justiz anfallenden Kosten, insbesondere die Vortrags- und Reisekostenvergütungen der Referentinnen und Referenten und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter. Umfasst sind folgende Maßnahmen:

- a) Führungskräftebildung
- b) Organisationsentwicklung und -beratung, Personalentwicklung
- c) Instanzenübergreifende Zusammenarbeit
- d) Controlling,
- e) Qualitätssicherung.

Zu Titel 525 50:

Bei diesem Titel sollen Ausgaben zur Durchführung von seitens der EU geförderten Fortbildungsmaßnahmen zu europarechtlichen Themen geleistet werden. Ausgaben werden nur bis zur Höhe der entsprechenden Einnahmen aus EU-Finanzhilfen geleistet. Diese werden bei Titel 272 00 vereinnahmt.

Zu Titel 526 10:

Die Mittel werden benötigt für die Betreuung interner Untersuchungen sowie externer Forschungsvorhaben, Druckkosten und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben. In den Mitteln sind auch Kosten zur Deckung des Aufwands für Veranstaltungen, insbesondere für Bewirtungs- und Reisekosten von nicht im Justizdienst des Landes NRW stehenden Personen, enthalten.

Zu Titel 526 30:

Kosten der NS-Dokumentationsstelle in der Justizakademie des Landes NRW in Recklinghausen.

Zu Titel 529 20:

Zur Deckung des Aufwandes der Personalvertretungen nach § 40 Abs. 2 Landespersonalvertretungsgesetz vom 3. 12. 1974 (SGV.NRW. 2035).

Zu Titel 531 11:

Die Mittel sind zur Beschaffung von Informations- und Arbeitsmaterial sowie zur Durchführung öffentlichkeitsrelevanter Veranstaltungen bestimmt. Im einzelnen sind vorgesehen:

- a) Auslagen der Pressedezernenten einschl. Mitgliedsbeiträge im Deutschen Presseclub,
- b) Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der nachgeordneten Dienststellen, Einführung und Verabschiedung von Behördenleitern,
- c) Sonstiges (z. B. Kranzspenden).

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen; eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Zu Titel 531 12:

Die Mittel sind zur Unterrichtung der Bürger über die Aufgaben der Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen bestimmt.

Im Einzelnen sind vorgesehen:

- a) Beschaffung von Informations- und Arbeitsmaterial,
- b) Dokumentationen von Fachtagungen, Informationsgesprächen und sonstigen Veranstaltungen,
- c) Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial; dazu gehört insbesondere eine Faltblattreihe des Justizministeriums,
- d) Veröffentlichungen zur Justizstatistik, Gerichtsorganisation, Strafrechtspflege und zum Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen.

Mehr wegen eines erheblichen Anstiegs der Druck- und Papierkosten sowie der Intensivierung der Information der Bevölkerung u.a. in den Bereichen Betreuungsrecht, Opferschutz und Gewaltprävention.

Zu Titel 542 01:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die in § 71 Abs. 1 bzw. Abs. 2 SGB IX vorgeschriebene Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte nicht erreichen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Höhe der Ausgleichsabgabe ist abhängig von der Beschäftigungsquote (§ 77 Abs. 2 SGB IX). Sie ist jährlich an den Landschaftsverband Rheinland - Integrationsamt - abzuführen. Die Abrechnung erfolgt jeweils für das vorangegangene Kalenderjahr. Die Haushaltsstelle dient der Abwicklung der Ausgleichsabgabe. Die Durchführung obliegt dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
546 01 011	Vermischte Ausgaben	110 900	155 000	-44 100	69
546 04 011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrs- unternehmen	—	—	—	2 243
	1. (§ 17 Abs. 3 LHO)				
	2. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 04 verstärken oder ver- mindern diesen Ansatz.				
	3. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 S. 3 LHO).				
547 10 011	Ausgaben für die Sicherung der Gerichte und Staatsan- waltschaften	1 300 000	1 300 000	—	786
549 20 989	Minderausgabe durch Zentralisierung des Gebäudemana- gements	-2 182 000	-2 182 000	—	—
	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)				
631 00 011	Kostenausgleich für Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	64 000	64 000	—	22
632 10 011	Anteil des Landes an den Kosten einer Kriminologischen Zentralstelle	80 000	76 000	+4 000	64
632 20 011	Anteil des Landes an den Betriebskosten der Deutschen Richterakademie	404 000	404 000	—	369
632 30 011	Anteil des Landes an den Kosten der Neuordnung der bundeseinheitlichen Systeme der Personalbedarfsbe- rechnung	—	107 800	-107 800	90
632 40 011	Anteil des Landes an den Kosten der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter	43 300	43 300	—	5
681 00 251	Mehraufwandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II	—	—	—	—
685 20 011	Einmalige Zuwendung an die Stiftung Forum ad Mosam	—	—	—	3

Erläuterungen

Zu Titel 547 10:

Die Mittel sind zur Beauftragung privater Sicherheitsdienste für die Eingangskontrollen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestimmt.

Zu Titel 631 00:

Nach dem Gesetz zur Lastentragung im Bund-Länder-Verhältnis bei Verletzung von supranationalen und völkerrechtlichen Verpflichtungen vom 05. September 2006 (LastG) sind dem BMJ die Aufwendungen bei Verurteilungen bzw. Vergleichen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu erstatten, soweit die lastenbegründenden Pflichtverletzung im Zuständigkeits- und Aufgabenbereich der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgt ist.

Zu Titel 632 10:

Aus diesem Titel wird der auf das Land NRW entfallende Kostenanteil der Kriminologischen Zentralstelle geleistet. Der veranschlagte Ansatz entspricht der voraussichtlichen anteiligen Belastung des Landes NRW an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle.

Zu Titel 632 20:

Dieser Titel enthält die Mittel der auf das Land NRW entfallenden Betriebskosten der Deutschen Richterakademie für alle Zweige der Gerichtsbarkeit. Der Ansatz entspricht der voraussichtlichen anteiligen Belastung an den Kosten der Deutschen Richterakademie, Tagungsstätten Trier und Wustrau. Die Reisekosten der Tagungsleiter werden aus Titel 525 30 gezahlt.

Zu Titel 632 40:

Nach dem Fakultativprotokoll zum VN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) sind die Länder verpflichtet, eine Nationale Stelle zur Verhütung von Folter zu errichten. Bei dieser Haushaltsstelle ist der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Kosten der Nationalen Stelle veranschlagt.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Ausgaben für Investitionen

711 00	871	Kleine Baumaßnahmen	2 660 000	2 660 000	—	—
		Verpflichtungsermächtigung: 2 500 000 EUR.				
711 13	871	Baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staats- anwaltschaften	—	2 330 000	-2 330 000	5 937

Besondere Finanzierungsausgaben

971 00	988	Zur Deckung von Mehrausgaben infolge Erhöhung der Umsatzsteuer Die Mittel dürfen zur Verstärkung der Ansätze bei den Titeln der Ober- gruppen 51 - 54, der Hauptgruppe 7 und der Obergruppen 81, 82 und 89 sowie zur Verstärkung der Ansätze für Zuschüsse an Landesbetriebe in allen Kapiteln des Einzelplans herangezogen werden.	—	—	—	—
971 50	988	Zur Deckung von Ausgaberesten Die Deckungsmittel dürfen nur bis zur Höhe der bei den Titeln der Haupt- gruppe 5 sowie der Obergruppe 81 entstandenen Ausgabereste des Ein- zelplans 04 mit Ausnahme des Kapitels 04 020 zur Deckung herange- zogen werden.	—	3 254 000	-3 254 000	—
972 10	989	Globale Minderausgaben	-5 319 700	-5 319 700	—	—

 Erläuterungen

Zu Titel 711 00:

Die Mittel sind bestimmt für kleine Baumaßnahmen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie den Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Justiz.

Programmplanung	EUR
Barrierefreies Bauen	941.400
baulich/technische Sicherungsmaßnahmen	1.167.000
Erweiterungsmaßnahmen	100.000
Umbaumaßnahmen - Innenbereich -	240.800
Umbaumaßnahmen - Außenbereich -	—
Sonstiges	210.800
Zusammen	2.660.000

Zu Titel 711 13:

Veranschlagt sind die Bauausgaben für die baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Verbesserung des baulichen Sicherheitsstandards.

Voraussichtliche Gesamtkosten lt. berichtigter Kostenschätzung	66 524 800	EUR
Verausgabt 1995 bis 2008	62 723 713	EUR
Bewilligt 2009	2 330 000	EUR
Veranschlagt 2010	—	EUR
Vorbehalten	1 471 087	EUR

Zu Titel 971 50:

Die Restedekungsmittel werden ab dem Jahr 2010 zentral im Epl.20 bei Kapitel 20 020 Titel 971 30 veranschlagt.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Titelgruppen
Titelgruppe 60
Ausgaben für die Informationstechnik

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Siehe Deckungsvermerk (Haushaltsvermerk Nr. 2) zur Titelgruppe 61.
3. Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Kapitel 04 210 Titel 632 40 überschritten werden.

511 60	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3 450 000	3 450 000	—	3 439
518 60	052	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen , Überlassungsvergütungen	—	—	—	—
526 60	052	Sachverständige und ähnliche Kosten	500 000	500 000	—	39
538 60	052	Ausgaben für Datenverarbeitung	6 520 000	6 520 000	—	11 959
		Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).				
		Verpflichtungsermächtigung: 2 500 000 EUR.				
546 60	052	Vermischte Ausgaben	5 600 000	5 600 000	—	2 655
		Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).				
547 60	014	Dienstleistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW und der Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Hagen und Köln	17 400 000	15 655 000	+1 745 000	17 018
		Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Kapitel 04 210 Titel 547 10 überschritten werden.				
712 60	052	Baumaßnahmen	—	—	—	—
812 60	052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	25 000 000	24 950 000	+50 000	19 353
		Verpflichtungsermächtigung: 12 000 000 EUR.				
		Summe Titelgruppe 60	58 470 000	56 675 000	+1 795 000	54 464

 Erläuterungen

Zu Titel 511 60:

1. Geschäftsbedarf	2 200 000 EUR
2. Bücher und Zeitschriften	— EUR
3. Kommunikation	1 250 000 EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	— EUR
5. Sonstiges	— EUR
Zusammen	<u>3 450 000 EUR</u>

Beschaffung von IT-Vordrucken, Datenträgern, Farbbändern, Endlospapier und Toner für Laserdrucker usw.

Zu Titel 538 60:

Ausgaben für Datenverarbeitung, insbesondere anteilige Kosten für die Pflege übernommener Verfahren und Kosten der Programmerstellung durch Dritte.

Zu Titel 546 60:

Allgemeine Kosten der Vorbereitung und Einführung von IT-Vorhaben, Kosten der IT-Ausbildung und der Anwenderschulung.

Zu Titel 547 60:

Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (Providerkosten für den Intranet- und Internetauftritt der Justiz NRW) und der Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Hagen und Köln, die vormals im Einzelplan 03 etatisiert waren. Insbesondere im GGRZ Hagen werden zentrale Verfahren der Justiz betrieben (Mahnverfahren, Kassenverfahren "JUKOS", Automatisiertes Schuldnerverzeichnis, Register u.a.)

Zu Titel 712 60:

Verkabelung von Dienstgebäuden.

Zu Titel 812 60:

Beschaffung von Anlagen und Geräten der Informationstechnik, u.a. Beschaffung von Personalcomputern nebst Peripherie und Software sowie Beschaffung von Kleinrechner-Systemen, Ausstattung von Arbeitsplätzen mit IT-gerechtem Mobiliar.

Reinvestitionsmaßnahmen

		in EUR
1.	PC-Arbeitsplätze	
1.2	PC-Systeme / Drucker / Monitore	8.568.000
1.3	Ergänzungsausstattung	840.000
1.4	Büro- und Kommunikationssoftware	3.083.400
1.5	IT-Sicherheitstechnik (Virenschutz pp.)	300.000
zusammen		12.791.400
2.	Server	
2.1	Infrastruktur- und Fachverfahrenserver	4.087.200
2.2	Storage-Systeme	3.747.700
2.3	Zentrale Serversysteme	2.500.000
2.4	RDBMS	1.365.000
zusammen		11.699.900
3.	Mobile DV-Systeme	407.500
4.	Präsentationstechnik	101.200
Zusammen		25.000.000

Reinvestitionszyklus

Wie bereits in den vergangenen Haushaltsjahren wird auch im Haushaltsjahr 2010 weiterhin grundsätzlich von einer 6-jährigen Nutzungsdauer für PC- und Server-Systeme ausgegangen. Bei der Berechnung des Reinvestitionsbedarfs wurde, basierend auf den Erfahrungen des Geschäftsbereichs der vergangenen Jahre, ein Ersatzbedarf für 5 Jahre alte Hardware in Höhe von 15 % veranschlagt.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
Titelgruppe 61					
Ausgaben für die Einführung des elektronischen Grundbuchs					
1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.					
2. Die Ausgaben sowie die Verpflichtungsermächtigung der Titelgruppe dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Ausgaben und den Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 60 überschritten werden.					
511 61 052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	65
518 61 052	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen, Überlassungsvergütungen	—	—	—	—
526 61 052	Sachverständige und ähnliche Kosten	—	—	—	—
538 61 052	Ausgaben für Datenverarbeitung	—	—	—	4 745
Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).					
546 61 052	Vermischte Ausgaben	—	—	—	115
Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).					
712 61 052	Baumaßnahmen	—	—	—	—
812 61 052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	7 039 000	7 276 900	-237 900	954
Verpflichtungsermächtigung: 2 000 000 EUR.					
Summe Titelgruppe 61		7 039 000	7 276 900	-237 900	5 880

Erläuterungen

Zu Titel 511 61:

1. Geschäftsbedarf	— EUR
2. Bücher und Zeitschriften	— EUR
3. Kommunikation	— EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	— EUR
5. Sonstiges	— EUR
Zusammen	— EUR

Beschaffung von IT-Vordrucken, Datenträgern, Farbbändern, Endlospapier und Toner für Laserdrucker usw.

Zu Titel 518 61:

Mieten für Datenverarbeitungsanlagen und laufende Vergütungen für die Nutzung von Grund- und Standardsoftware.

Zu Titel 538 61:

Ausgaben für Datenverarbeitung, insbesondere anteilige Kosten für die Pflege übernommener Verfahren und Kosten der Programmerstellung durch Dritte.

Zu Titel 546 61:

Allgemeine Kosten der Vorbereitung und Einführung des elektronischen Grundbuchs, Kosten der Ausbildung und der Anwenderschulung.

Zu Titel 712 61:

IT-veranlasste Maßnahmen der baulich- technischen Herrichtung der Grundbuchämter und des Rechenzentrums.

Zu Titel 812 61:

Beschaffung von Anlagen und Geräten der Informationstechnik, u.a. Beschaffung von Personalcomputern nebst Peripherie und Software.

Gesamtinvestitionsvolumen zur Einführung des elektronischen Grundbuchs	70.303.000
Ist-Ausgabe bis 2008	61.397.121
Haushaltsansatz 2009	7.276.900
veranschlagt 2010	1.628.979

Vorbehalten

—

Bei den darüber hinaus veranschlagten Mitteln handelt es sich u.a. um Reinvestitionsausgaben.

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Titelgruppe 62
Ausgaben im Rahmen des Projektes "EU-eJustiz-Portal"

1. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titelgruppe 62 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
2. Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 62 aufkommenden Einnahmen geleistet werden, wenn die Förderzusage der Europäischen Union vorliegt.
3. Rückflüsse fließen den Ausgaben zu.
4. (§17 Abs. 3 LHO)
5. Die Ausgaben sind übertragbar und gegenseitig deckungsfähig.

422 62	052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	—	—	—	—
--------	-----	--	---	---	---	---

Planstellen

2010	2009	
1	—	Bes.Gr. B 2 Ministerialrat/Ministerialrätin Auf dieser Stelle kann auch ein Richter/eine Richterin oder ein Staatsanwalt/eine Staatsanwältin der BesGr. R 1 oder R 2 geführt werden. davon 1 (-) Planstelle kw, sobald die entsprechenden Einnahmen der EU entfallen.
1	—	Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin davon 1 (-) Planstelle kw, sobald die entsprechenden Einnahmen der EU entfallen.
1	1	Bes.Gr. A 13 Oberamtsrat/Oberamtsrätin davon 1 (1) Planstelle kw, sobald die entsprechenden Einnahmen der EU entfallen.
3	1	Planstellen
—	—	davon Dienstwohnungsinhaber
2	—	Höherer Dienst
1	1	Gehobener Dienst
—	—	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

Gliederung nach Laufbahngruppen

428 62	052	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	—	—	—	—
511 62	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—
526 62	052	Sachverständige und ähnliche Kosten	—	—	—	—
527 62	052	Reisekostenvergütung für Dienstreisen Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	—	—	—	—
538 62	052	Ausgaben für Datenverarbeitung Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	—	—	—	—
546 62	052	Vermischte Ausgaben Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Titelgruppe 62:

Der Rat der Europäischen Union hat im Juni 2007 beschlossen, ein europäisches Justizportal zu schaffen, das als zentraler Einstiegspunkt für alle Justizinformationen auf europäischer Ebene dienen soll. Das Projekt wird von Österreich und Deutschland gemeinschaftlich geleitet. Die Federführung für die Teilprojekte "Verteiltes Identitätsmanagement (DIM)" und "Bezahlsystem" liegt bei Deutschland, die deutsche Leitung hat das Land Nordrhein-Westfalen inne. Das Projekt bzw. die Teilprojekte werden im Umfang von 80 % der Kosten aus den Haushalten 2007 bis 2013 der Europäischen Union finanziell gefördert. Die verbleibende Kofinanzierung wird aus bereiten Mitteln des Justizhaushalts bestritten (Kapitel 04 010 und Kapitel 04 020 Titelgruppe 60). Die von der EU geförderten Ausgaben sind bei Titelgruppe 62 veranschlagt, die EU-Förderung wird bei Titel 272 62 vereinnahmt. Neben der EU-Förderung haben einige Mitgliedstaaten angekündigt, das Projekt zusätzlich aus eigenen Mitteln zu unterstützen, welche dann ebenfalls über das jeweils federführende Land zu verausgaben wären. Entsprechende Leistungen werden bei Titel 287 62 vereinnahmt. Da die Höhe der EU-Förderung noch nicht feststeht, werden die Haushaltsstellen der Titelgruppe mit einem Strichansatz versehen.

Zu Titel 422 62:**Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Planstellen**

Bes. Gr.	Erläuterungen	Zugang	Abgang
B 2	Zusätzliche Planstelle	1	–
	Zusammen	1	–

Kapitel 04 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2010 EUR	Ansatz 2009 EUR	mehr (+) weniger (-) 2010 EUR	IST 2008 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
547 62 052	Dienstleistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik und der Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Hagen und Köln	—	—	—	—
687 62 052	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	—	—	—
812 62 052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—
	Summe Titelgruppe 62	—	—	—	—
Titelgruppe 70					
Ausgaben für den "Ombudsmann für den Strafvollzug"					
Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.					
422 70 056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	218 100	213 100	+5 000	141
Planstellen					
		2010	2009		
	Bes.Gr. A 16				
	1 1 Leitender/Leitende Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin				
	Auf dieser Stelle kann auch ein Richter/eine Richterin oder ein Staatsanwalt/ eine Staatsanwältin der BesGr. R 1 oder R 2 geführt werden.				
	Bes.Gr. A 11				
	2 2 Regierungsamtmann/Regierungsamtfrau				
	Bes.Gr. A 9				
	2 2 Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin				
	1 (0) erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr A 9 der BBesO				
	5 5 Planstellen				
	— davon				
	— Dienstwohnungsinhaber				
Gliederung nach Laufbahngruppen					
	1 1 Höherer Dienst				
	2 2 Gehobener Dienst				
	2 2 Mittlerer Dienst				
	— Einfacher Dienst				
427 70 056	Kosten für die Beratung durch Sachverständige und Honorarkräfte	119 500	119 500	—	92
428 70 056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	—	—	—	—
547 70 056	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	30 000	50 000	-20 000	11
	Summe Titelgruppe 70	367 600	382 600	-15 000	243
	Gesamtausgaben Kapitel 04 020	122 843 300	125 359 600	-2 516 300	137 475
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 020	19 900 000	19 900 000	—	

Erläuterungen

Zu Titel 422 70:

1. Dienstbezüge	208 100 EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen	10 000 EUR
Zusammen	218 100 EUR

Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Planstellen

Bes.Gr.	Erläuterungen	Zugang	Abgang
A 9 m. D.	Umsetzung von 1 Planstelle (Justizamtsinspektorin/Justizamtsinspektor mit Amtszulage) aus dem Kapitel 04 210 unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin mit Amtszulage	1	–
A 9 m. D.	Umsetzung einer Planstelle Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin in das Kapitel 04 210 unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle Justizamtsinspektor/Justizamtsinspektorin	–	1
Zusammen		1	1

Zu Titel 428 70:

Der Titel dient der getrennten Buchung von Ausgaben für Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Fall einer Stellenführung auf Planstellen bei Titel 422 70.